

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckverbot für die Reichsregierung
Beitrag für die Ausgabe von 1000 und
ausgegeben 200 000 Mark, auswärts
ausgegeben 400 000 Mark, amtliche Stelle
77000 Mark, Reichsregierung 120000
Mark. — Bei größeren Abnahmen
entsprechendes Rabatt.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 213

Mittwoch, den 12. September 1923

18. Jahrgang

Tastversuche.

Die französischen Zeitungen sind voll von Meldungen ihrer Vertreter aus Berlin über Verhandlungen die in verschiedenen Formen zwischen dem Reichskanzler und der französischen Botschaft über eine Verständigungsaktion angeblich gewirkt wurden. Diese französischen Informationen vermischen Wahres mit Falschem und sind offensichtlich darauf berechnet, das französische Prestige von vornherein zu wahren, falls es zu wirklichen Verhandlungen mit tatsächlicher Verständigung kommen sollte. Die französische Außenpolitik hat so lange unter dem Schlagwort „Kapitulation Deutschlands“ gestanden, daß sie unter allen Umständen jetzt den Eindruck in ihrem Lande hervorrufen möchte, als ob der Zeitpunkt der deutschen Kapitulation greifbar nahe gerückt sei. Davon ist aber nicht im mindesten die Rede. Wer die Kundgebungen der rheinisch-westfälischen Bevölkerung aus den letzten Wochen aufmerksam verfolgt und die Stimmungsberichte von Ruhr und Rhein aus den letzten Tagen beachtet hat, der weiß ganz sicher, daß der bisherige Widerstand im Notfall noch eine längere Zeit hindurch weitergeführt werden könnte, falls eine Verständigung mit Frankreich nicht zu erzielen wäre. Die Maßnahmen des Generals Deputte, die auf lauter Verschärfungen der bisherigen Maßnahmen hinauslaufen, tun ja tatsächlich das Ihrige, um alle Nachgiebigkeitsgefühle der geübten Bevölkerung im Keime zu ersticken und ihren Widerstandswillen andauernd erneut zu verstärken. Es ist also keineswegs Wucht vor dem unmittelbaren Zusammenbruch des Widerstandes an Ruhr und Rhein, die die derzeitige Außenpolitik des Reichskanzlers Dr. Stresemann bestimmt.

Ebenso gewiß ist es aber auch, daß die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Notlage der letzten Zeit immer zwingender dazu mahnt, irgend einen Weg zur Befreiung der Rhein- und Ruhrbevölkerung und des gesamten deutschen Volkes zu suchen, der die Einheit und Staatsautorität des Reiches wahrt und doch Freiheit und Frieden für die Zukunft sichert. Niemand hat je geglaubt, daß der passive Widerstand allein die Franzosen und Belgier aus der Ruhr wieder herausbringe. Eben darum ist ja die Politik des Kabinetts Cuno, das sich allein auf diesen Widerstand stützte und untätig den Dingen ihren Lauf ließ, als verfehlt erkannt und durch eine neue Außenpolitik des Kabinetts Stresemann ersetzt worden. Diese hat als erste Maßnahme einer größeren Aktivität in der Außenpolitik die Ordnung der inneren Wirren und Räte köstlich in die Hand genommen und bereitet sich nun umsichtig und vorsichtig vor, den zweiten Schritt zu tun und die Verständigung mit den Gegnern politisch anzubahnen. Daß das nicht ohne Fühlungnahme mit offiziellen Vertretern jener Gegner geschehen kann, ist selbstverständlich. Aber mehr als eine solche erste Fühlungnahme liegt zur Zeit nicht vor. Daß sie übrigens nicht einseitig von Deutschland ausgeht, sondern daß auch auf der Gegenseite eine Verständigung erwünscht erscheint, geht aus manchen Erfahrungen bei den Unterhaltungen und Ausdrücken der letzten Tage zweifellos hervor. Die Frage ist nur, ob es möglich sein wird, die ersten verbindlichen Tastversuche von beiden Seiten zu offiziellen Verhandlungen auszugestalten, bei denen das deutsche Ziel der Befreiung des Rhein- und Ruhrgebietes erreicht wird.

Wie es scheint, ist die erste Schwierigkeit bereits überwunden, die darin bestand, daß Poincaré nur verhandeln wollte, wenn vorher der passive Widerstand in aller Form von der deutschen Reichsregierung abgebaut und widerrufen worden ist. Daß das eine ganz unmöglichkeitige Bedingung sei, ist in den Ausdrücken der letzten Tage immer wieder von deutscher Seite betont worden und Poincaré hat denn auch in seinem letzten Sonntagsreden bei der Aufzählung der Voraussetzungen einer Verständigung diese Bedingung nicht mehr erwähnt! Man darf annehmen, daß das nicht unabsichtlich geschehen ist. Trotzdem wäre es grundfalsch, sich irgendwelchen übertriebenen Hoffnungen über eine baldige Verständigung der großen Schwierigkeiten hinzugeben, die einer vernünftigen Regelung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich im Wege stehen. Einstweilen muß man es schon als einen Fortschritt begrüßen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Poincaré und Stresemann auf das rein sachliche Gebiet übergehen und von jener politischen Voreingenommenheit und jenem getriebenen Ton frei sind, die früher jede offizielle Aussprache zwischen deutschen und französischen politischen Persönlichkeiten so unfruchtbar machte. Daß immer noch schwere Mißverständnisse auf französischer Seite ein Entgegenkommen verhindern, hat ja neuerdings erst wieder die Interpretation der Stresemannschen Reparationsangebote durch Poincaré bewiesen. Aber die Aussprache zwischen den leitenden Staatsmännern wird ja noch fortgesetzt, und der deutsche Reichskanzler wird heute

abend wieder Gelegenheit nehmen, in öffentlicher Rede vor den Vertretern der deutschen Presse diese Mißverständnisse aufzuklären.

Je schwieriger und je bedeutsamer diese ständige Tätigkeit der deutschen Diplomatie heute ist, umso ruhiger und zurückhaltender sollte sie die deutsche Presse verfolgen. Das ist aber leider keineswegs der Fall. Dieselben rechtsstehenden Organe, die heute noch die Dolchstoßlegende bezüglich des verlorenen Krieges pflegen, schämen sich schon wieder an, eine neue Dolchstoßlegende zusammenzufabulieren, die den Reichskanzler und die verantwortlichen politischen Parteien der großen Koalition beschuldigt, der mutig kämpfenden Rhein- und Ruhrbevölkerung in den Rücken gefallen zu sein und ohne Not ihr Schicksal besiegelt zu haben. Diese infame Beschuldigung ist unbegründet. Immer wieder muß betont werden, daß der Reichskanzler in enger Fühlungnahme mit den politischen und wirtschaftspolitischen Führern der Rhein- und Ruhrbevölkerung handelt, und daß ohne deren vorherige Zustimmung kein Schritt der Reichsregierung unternommen worden ist und unternommen werden soll. Auch die andere Ausstreuung, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts die Regierung zu Maßnahmen drängen, die sie sonst wahrscheinlich nicht ergreifen würde, ist frei erfunden. Die Reichsregierung ist in sich ebenso einheitslich, wie es die maßgebenden Persönlichkeiten an Rhein und Ruhr sind. Daß auch das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit einig bleibt, ist die Forderung der Stunde.

Englands Stellung zu Deutschland.

In einigen Londoner Blättern wird angedeutet, daß wenn Deutschland den passiven Widerstand einstellt, sollte die Lage unter englischen Gesichtspunkten eine grundsätzliche Veränderung erfahren würde. Die englische Regierung würde in diesem Falle ihre Haltung in dieser Angelegenheit einer Revision zu unterziehen haben. Eine Bestätigung für die von einigen Blättern verbreiteten Gerüchte über eine Verständigung zwischen Paris und London liegt jedoch nicht vor. Im Gegenteil besagen Pariser Berichte, daß eine solche Verständigung noch immer nicht in Aussicht stehe und Frankreich deshalb die Möglichkeit ins Auge fasse, zu einer selbständigen Vereinbarung mit Deutschland zu gelangen.

In der englischen Presse ebenso wie in den verantwortlichen politischen Stellen dauert im Grunde der alte Gegensatz in bezug auf die Haltung gegenüber Deutschland unvermindert an. Vom deutschen Standpunkt aus dürfte es angebracht sein, diese Tatsache in Rechnung zu stellen, damit neue Enttäuschungen vermieden werden.

Die Blätter geben je nach der Parteistellung die verschiedenartigsten Ratsschläge. Die liberale „Daily News“ haben trotz der letzten Erfahrungen z. B. noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, daß der Konflikt durch den Balfourbund gelöst werden könnte, während im entgegengesetzten Lager die konservative „Morning Post“ abermals vorschlägt, daß England sich ohne weiteres der französischen Ruhrpolitik anschließen sollte. Eine Milderung dieser Parteigegensätze durch welche die englische Politik in dieser Frage sehr geschwächt wird, ist nicht zu erwarten.

Englisches Urteil über den passiven Widerstand.

„Populaire“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem englischen Abgeordneten Tom Shaw, in der dieser lachend es für einen Witz erklärte, wenn behauptet würde, der passive Widerstand sei eine von der Reichsregierung erzwungene Bewegung. Die letzte Besetzung habe die Bevölkerung dazu in Stimmung perfekt.

Jaspar bricht seinen Urlaub ab.

Wie „Deure“ aus Brüssel meldet, ist der belgische Minister des Aeußern Jaspar, der für einige Zeit auf Urlaub gehen wollte, plötzlich nach Brüssel zurückgekehrt.

Die Abwehr an der Ruhr.

Richtlinien für eine Verständigung.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften) in Essen Fredemann veröffentlicht eine längere Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Abwehr an der Ruhr. Er führt zunächst die Streikbewegung im Essener Bezirk vor allem auf das Treiben der im Bezirk befindlichen mindestens fünf Prozent der Belegschaft tätigen Arbeiter fremder Nationalität zurück. Durch sie ergebe sich ein Element, für das stützliche Erwägungen und stützliche Kräfte der Abwehr nicht oder weniger in Frage kommen. Verfügt werde diese Gruppe durch einen kleinen Prozentsatz baltischer entvurzelter und durchweg moralisch verkommenen deutscher Elemente, die sich im

Ruhrgebiet aus allen Teilen des Reiches nach und nach zusammengefunden haben. Wer jedoch die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes auch nur in nennenswerter Zahl für sähig hält, daß sie die Abwehrfront gegen die französischen Unterdrückungsversuche brechen will, der würde ihr bitteres Unrecht tun.

Der zweite Vorgang habe seinen Ausgangspunkt im unbesetzten Deutschland. Durch die sozialdemokratische Presse seien in den letzten Tagen Artikel gegangen deren Kern in folgendem Passus festgelegt ist: Die Abwehrrückstände sind in Übereinstimmung mit der Bevölkerung des Ruhrgebietes zu einem vernünftigen Kompromiß und zur Berichtigung auf den passiven Widerstand bereit. Soweit sich Frankreich durch eine Populierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen, die Gefangenen freizugeben und allgemeine Sicherheit für Leben und Existenz der Bevölkerung zu bieten.

Demgegenüber erklärt Freddemann: Mit aller Deutlichkeit muß festgestellt werden, daß die Ruhrbevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit dieser nichts sagenden Formel völlig fernsteht. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab. Die Berichtigung auf die Waffe des passiven Widerstandes und die Verständigung mit dem Gegner hat folgende Richtlinien zur Voraussetzung: Rückkehr der Ausgewiesenen mit ihren Familien, Freilassung der Gefangenen, schärfste Ablehnung jedes Versuches einer Schwächung der staatlichen Hoheitsrechte des Reiches und der Länder, Forderung der Aufhebung der französischen Maßregeln, die dieses Recht beeinträchtigen. Uebernahme festumgrenzter wirtschaftlicher Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen, jedoch nicht auf Grund einseitigen Diktats, sondern auf Grund von Verhandlungen. Wenn bei Verhandlungen auf der Gegenseite kein Verständigungswille sich zeigen sollte, dann müsse mit aller Energie die Einstellung auf das weitere Vorgehen erfolgen.

Severings Dank.

Der preussische Minister des Innern hat dem Tageblatt folgende an die mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten sowie an die Redakteure und Verleger des besetzten Gebietes einen Erlaß gerichtet, in welchem es heißt: Nach sieben Monaten schwerer Bedrängnis möchte ich nicht unterlassen, allen Beteiligten für das rühmliche Ausbleiben im zähen Widerstand Dank und Anerkennung auszusprechen. Die Erfahrungen der letzten sieben Monate berechtigen die Staatsregierung zu der zuverlässigen Hoffnung, daß der bewährte Widerstand der rheinischen Bevölkerung trotz der Bedrückung unverändert fortbestehen wird, und daß all die zahllosen Opfer an Gut und Blut, Leben und Freiheit nicht umsonst gemacht sind, und Rheinland und Westfalen dem Reiche erhalten bleiben werden.

Franzosen für Zusammenarbeit mit Deutschland.

Das „Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete“ in Amiens hielt am gestrigen Sonntag drei große Versammlungen ab, die von Tausenden besucht waren, und zwar in Amiens, Rottel und Moreuil. Einstimmig wurde eine bereits am 17. April 1919 beschlossene Tagesordnung angenommen, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wünscht vor allen Dingen die Heranziehung deutscher Arbeiter und deutschen Materials zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs.

Mussolini beschwert sich über England.

Mussolini empfing in Mailand den Korrespondenten der „Daily Mail“ (bekanntlich das in englischer Sprache erscheinende Propagandablatt Poincarés in London). Es ist bemerkenswert, daß sich Mussolini dieses Organs als Sprachrohr für seine Redewörter bedient, und erklärte ihm:

Als ich vor einem Jahre zur Macht gelangte, war es meine Absicht, die besten Beziehungen zu England aufrecht zu erhalten. Ich sah in England den natürlichen Freund und sogar den wichtigsten Stütze. Aber die englische Regierung tat nichts, um mich in meinen Entschlüssen zu ermutigen, und jetzt, da Italien die erste schwere Krise durchmacht, wendet sich England von uns ab. Alle meine Motive werden mißverstanden. Besonders trifft es nicht zu, daß ich den Balfourbund zerstören wollte. Aber die Ermordung italienischer Soldaten, die als Mitglieder einer internationalen Mission stelen, eroberte das italienische Gewissen.

England stellt es demgegenüber jetzt so hin, als ob Italien selbst ein Verbrechen begangen habe und nicht selbst das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Eng-